

Prof. Dr. Eckart Conze

„Gegen den Krieg – Solidarität mit der Ukraine“

Marburg, 1. September 2023

Entführte Kinder. Kinder, die ihre Eltern verloren haben. Getötete Kinder. Kinder als Opfer des Krieges. Wer die Nachrichten aus der Ukraine verfolgt, wem käme nicht Bertolt Brechts Gedicht vom „Kinderkreuzzug“ in den Sinn, entstanden 1941. Es beginnt so:

In Polen, im Jahr Neununddreißig

War eine blutige Schlacht

Die hatte viele Städte und Dörfer

Zu einer Wildnis gemacht.

Die Schwester verlor den Bruder

Die Frau den Mann im Heer;

Zwischen Feuer und Trümmerstätte

Fand das Kind die Eltern nicht mehr

Der Krieg, der Brecht nicht losgelassen hat, der Krieg ist zurück in Europa. Der Angriffskrieg. Der Vernichtungskrieg.

Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg. Mehr als acht Jahrzehnte nach dessen Beginn am 1. September 1939. Das Unvorstellbare ist zur blutigen, zur grausamen, zur verstörenden Realität geworden. Entsetzliche Bilder – Butschka, Irpin, Mariupol – entsetzliche Bilder schockieren uns. Sie verschlagen uns den Atem und die Sprache. Sie machen uns fassungslos.

Die blutige Vergangenheit Europas hat uns eingeholt. Die Vergangenheit der Gewalt, der Zerstörung und des Terrors ist nicht vergangen. Sie ist wieder zur Gegenwart geworden. Auch darin liegt der Epochenbruch des 24. Februar 2022. Für Europa und Deutschland, für uns als Europäer und Deutsche, hat eine neue Zeit begonnen. Eine neue Zeit, zu der aber die Rückkehr einer überwunden geglaubten Vergangenheit gehört. So verbinden sich Geschichte und Gegenwart, und gerade an einem 1. September wird uns das ganz besonders bewusst.

Wir erinnern heute an den 1. September 1939, an den Beginn des Zweiten Weltkriegs. Das nationalsozialistische Deutschland hat diesen Krieg von 1933 an systematisch geplant und vorbereitet: als einen rassenideologisch motivierten Eroberungs- und Vernichtungskrieg; ein Krieg mit Millionen von Opfern; als einen Krieg, der nicht zu trennen ist von entsetzlichen Menschheitsverbrechen, gipfelnd in der Ermordung der europäischen Juden.

Bereits der deutsche Angriff auf Polen war verbrecherisch. Und Verbrechen charakterisierten, ja bestimmten den deutschen Krieg auch weiter. Er begann am Morgen des 1. September mit einem Kriegsverbrechen, als die deutsche Luftwaffe die polnische Stadt Wielun bombardierte – mit hunderten von Toten in der Zivilbevölkerung. Und auch schon 1939 in Polen folgten den Einheiten der Wehrmacht die Einsatzgruppen der SS, die mit der Auslöschung der polnischen Juden begannen. Seite an Seite mit der Sowjetunion Stalins vernichtete Deutschland den polnischen Staat. Polen wurde, wie schon im 18. Jahrhundert, von der europäischen Landkarte getilgt, aufgeteilt zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Und das deutsch beherrschte Polen, das sogenannte Generalgouvernement, wurde in den folgenden Jahren zum mörderischen Ort des Holocaust.

Der Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939 war nur von kurzer Dauer. Das gegen Polen gerichtete Bündnis der ideologischen Todfeinde in Berlin und Moskau endete mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion zwei Jahre später. Und der deutsche Vernichtungskrieg ging weiter, ja er radikalisierte sich. Geführt wurde er in den westlichen Gebieten der Sowjetunion, nicht zuletzt in Belarus und in der Ukraine. Dort lag auch der Hauptschauplatz der deutschen Verbrechen. In der Schlucht von Babyn Jar beispielsweise, vor den Toren Kiews, wurden im September 1941 innerhalb von 48 Stunden mehr als 30.000 Juden ermordet.

Heute sind Krieg und Gewalt nach Kiew und nach Babyn Jar zurückgekehrt. In unmittelbarer Nähe der Gedenkstätte von Babyn Jar schlugen im März letzten Jahres russische Raketen ein. Dies geschah in einem Krieg, den Putin und die russische Führung als neuen Krieg gegen den Faschismus darstellen, gegen eine Bedrohung durch ein angeblich nationalsozialistisches Regime in der Ukraine und gegen eine Bedrohung durch den Westen. Einen Westen, der Faschisten und Antisemiten in Kiew unterstütze, um damit Russland zu schwächen. Und dann zielen russische Raketen auf Babyn Jar, auf jenen Ort, wo heute der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen gedacht wird. Was für ein Zynismus! Was für eine Perversion!

Putins Geschichtspolitik, nein, man muss von Putins Geschichtsklitterung sprechen, Putins Geschichtsklitterung hat die Aggression gegen die Ukraine seit vielen Jahren vorbereitet. Und der Hitler-Stalin-Pakt von 1939 sowie der deutsch-sowjetische Überfall auf Polen spielen in dieser Geschichtsklitterung eine zentrale Rolle. Schon im Jahr 2020 gab der russische Präsident in einem Artikel, den er ausdrücklich als geschichtswissenschaftlichen Beitrag verstanden wissen wollte, dem Westen die Schuld an dem Schulderschluss von 1939 zwischen Nazi-Deutschland und der Sowjetunion, zwischen den beiden Tyrannen Hitler und Stalin. Der Westen habe Moskau damals in die Isolierung getrieben. Und Polens antisemitische Führung habe mit Hitler gemeinsame Sache gemacht. Deswegen habe Moskau sich mit Berlin verbünden müssen.

In Wahrheit verband das gemeinsame Ziel der Vernichtung Polens Hitler und Stalin. Das war der Inhalt des Geheimen Zusatzprotokolls zum Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939: die Auslöschung des polnischen Staates und die Aufteilung ganz Ostmitteleuropas in eine deutsche und eine sowjetische Einflussphäre. Ausgerechnet am 23. August, am Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts, hat der Faschist Björn Höcke kürzlich erklärt: Europa wäre sicher, wären die Ukraine und Russland ein Land. Das ist nicht nur zynisch, es ist ungeheuerlich.

Hitler ging es 1939 nicht darum, die durch den Versailler Vertrag gezogenen Grenzen zu korrigieren. Und er wollte auch keinen von Berlin abhängigen polnischen Marionettenstaat, so wie Deutschland das während des Ersten Weltkriegs versucht hatte. Und Stalin wollte nicht nur die polnischen Gebietsgewinne aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg rückgängig machen. Nein, beide Diktatoren wollten Polen komplett ausradieren. Und auch die baltischen Staaten, die 1918 ihre Unabhängigkeit gewonnen hatten, sollten wieder von der Landkarte verschwinden. Estland, Lettland und Litauen wurden 1940 der Sowjetunion einverleibt: unter massivem politischem und militärischem Druck, und keineswegs freiwillig, wie Putin es in seinen Geschichtslügen darstellt.

Geschichte wiederholt sich nicht. Aber die Parallelen zur Gegenwart sind offensichtlich. Wieder soll ein Staat, ein freier, ein unabhängiger, ein souveräner Staat von der Landkarte verschwinden. Imperiale Machtinteressen werden mit historischen Lügen begründet. Aber Geschichtsklitterung macht die unabhängige Ukraine nicht zum legitimen Teil eines russischen Imperiums. Und Geschichtsklitterung kann Putins brutalen Angriffskrieg nicht rechtfertigen.

Das gilt für den Mythos vom angeblich ur-russischen Charakter der 2014 annektierten Krim. Und ebenso gilt es für die Darstellung der Majdan-Demonstrationen in Kiew als faschistisch:

jener Demonstrationen, bald schon Euro-Majdan genannt, in denen die Menschen in der Ukraine ihrem Wunsch nach Freiheit, Demokratie und nach Zugehörigkeit zu einem freien, demokratischen Europa Ausdruck verliehen. Das war im Winter 2013/14, und dass wenige Monate später mit der völkerrechtswidrigen Besetzung der Krim die russische Aggression gegen die Ukraine auf ihrem selbst gewählten Weg nach Westen begann, ist alles andere als ein Zufall.

Aggression, Völkerrechtsbruch und Krieg rechtfertigt Putin mit einem imperialen, einem neo-imperialen russischen Geschichtsnarrativ, das weit in die Zarenzeit zurückreicht. Und dieser Neo-Imperialismus ist zugleich seit Beginn seiner Präsidentschaft ein zentrales Element der autoritären Herrschaft Putins. Einer Herrschaft, die sich immer stärker auf Gewalt, Einschüchterung und Terror stützt und auf die brutale Verfolgung und Ausschaltung jeglicher Opposition. Die neo-imperiale Staatsideologie rechtfertigt nicht nur Krieg und Aggression, sondern sie soll auch die Diktatur stabilisieren und nationale Geschlossenheit erzeugen. Neo-Imperialismus und aggressive Machtpolitik nach außen und Autoritarismus im Inneren: das sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Wir kennen das aus der Geschichte anderer Diktaturen, auch aus der Geschichte des Nationalsozialismus.

Dem Westen wirft Putin vor, russische Sicherheitsinteressen missachtet, ja verletzt und Russland dadurch gedemütigt zu haben. Der Westen habe Russland nach dem Kalten Krieg so behandelt wie Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg. Demütigung führt zu Krieg, das war die Botschaft, das war die Drohung. Aber eine aggressive, neo-imperiale Politik der „Sammlung russischer Erde“, wie es im Rückgriff auf die Zarenzeit und auf die Entstehung des russischen Reiches heißt, eine expansive Politik der „Sammlung russischer Erde“ ist kein Sicherheitsinteresse, und wenn sie noch so oft mit der Osterweiterung von EU und NATO begründet wird.

Und ein brutaler Angriffskrieg ohne jede moralische Rechtfertigung steht auch nicht in der Tradition des „Großen Vaterländischen Krieges“, den die Sowjetunion zwischen 1941 und 1945 gegen das nationalsozialistische Deutschland führte: um sich selbst gegen den deutschen Überfall zu verteidigen und um zusammen mit dem Westen Deutschland und Europa von der nationalsozialistischen Herrschaft zu befreien. Der russische Krieg gegen die Ukraine ist weder ein Verteidigungskrieg noch ist er ein Befreiungskrieg. Er ist ein verbrecherischer Krieg ohne jede politische, ohne jede rechtliche und ohne jede moralische Legitimation.

Und gerade deswegen ist für uns als Deutsche der 1. September ein Tag, an dem wir aus unserer historischen Verantwortung heraus erneut unsere Solidarität mit der Ukraine erklären

sollten. Aus dem deutschen Überfall auf Polen, aus dem deutschen Angriffskrieg gegen unsere polnischen Nachbarn und aus dem von Deutschland entfesselten Zweiten Weltkrieg erwächst eine historische Verpflichtung. Eine historische Verpflichtung, sich einzusetzen gegen eine Politik der Gewalt und Aggression, gegen Völkerrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen und gegen eine Macht, die das Prinzip des Gewaltverzichts, der Unverletzlichkeit der Grenzen und die Friedensverpflichtung der Vereinten Nationen mit Füßen tritt. Putins Krieg ist ein Krieg, der sich gegen alles richtet, wofür Deutschland heute steht und wofür wir als Deutsche auch aus unserer historischen Verantwortung heraus stehen.

Doch aus der deutschen Geschichte resultiert auch die Verpflichtung, sich einzusetzen für die Opfer solcher Gewalt. Und das bedeutet heute zum einen die Aufnahme geflüchteter Menschen aus der Ukraine. Es bedeutet jede mögliche humanitäre Unterstützung für die Menschen aus dem vom Krieg heimgesuchten Land. Aber es bedeutet zum anderen auch die Unterstützung des ukrainischen Abwehrkampfes, des Ringens der Ukraine um ihre Unabhängigkeit, ihre Freiheit, ihre Demokratie.

Die Unterstützung der Ukraine, auch die militärische, zielt auf Frieden. Auf einen Frieden, der den Menschen in der Ukraine eine Zukunft in Freiheit und Demokratie ermöglicht, eine Zukunft in einem freien und demokratischen Europa, zu dem die Menschen in Kiew, Lemberg, Odessa oder Charkiv gehören wollen und zu dem die Ukraine historisch gehört.

Das ist nicht der Frieden Putins. Der Frieden Putins ist ein Frieden der Unterwerfung, ein Frieden der Unterdrückung, ein Frieden der Angst. Ein Frieden Putins, den auch hierzulande nicht wenige fordern, ein Frieden, der auf die Moskauer Bedingungen eingeht, ein solcher Frieden wäre kein Frieden. Es wäre ein Frieden des Appeasement, ein Frieden wie der des Münchner Abkommens von 1938, das den Machthunger und die Aggressivität Hitlers nicht beendete, sondern vielmehr noch steigerte. Ein Frieden zu Putins Bedingungen wäre kein Frieden. Er würde für die Menschen in der Ukraine eine Schreckensherrschaft bedeuten. Er würde Aggression und Brutalität belohnen. Und er würde die imperiale Machtgier Putins noch weiter vergrößern. Das wissen nicht zuletzt die Menschen in Moldawien, in Georgien, auch in den baltischen Staaten: Sie fürchten sich vor einem solchen Frieden.

Die Menschen in der Ukraine sind auch deshalb nicht bereit zu kapitulieren. Sie sind deswegen aber keine Kriegstreiber. Der ukrainische Schriftsteller Serhij Zhadan hat diesem Vorwurf widersprochen. Ich zitiere Zhadan, der im letzten Jahr den Friedenspreis des deutschen Buchhandels erhalten hat:

„Wenn manche Europäer (...) den Ukrainern ihre Weigerung, sich zu ergeben, fast schon als Ausdruck von Militarismus und Radikalismus anlasten, tun sie etwas Merkwürdiges. Beim Versuch, in ihrer Komfortzone zu bleiben, überschreiten sie umstandslos die Grenzen der Ethik. Das ist keine Frage an die Ukrainer, das ist eine Frage an die Welt, an ihre vorhandene (oder nicht vorhandene) Bereitschaft, um fragwürdiger materieller Vorteile und eines falschen Pazifismus willen ein weiteres Mal das totale, enthemmte Böse zu schlucken.“

Die Unterstützung der Ukraine, auch die deutsche, erwächst nicht aus einer Mentalität des Krieges. Sie ist frei von Bellizismus. Sie verbindet sich mit jedem möglichen diplomatischen Bemühen um ein Ende der Gewalt, wenn auch nicht zu Putins Bedingungen. Die deutsche Unterstützung speist sich aus historischer Verantwortung, aus der deutschen Geschichte, und sie speist sich aus dem Imperativ der „wehrhaften Demokratie“. Daran kann man am heutigen 1. September auch erinnern, weil heute vor 75 Jahren in Bonn der Parlamentarische Rat zusammentrat, der in den Beratungen des Grundgesetzes auch diese Lehre aus der Geschichte zog. Denn mit der Ukraine hat Putin nicht nur die Demokratie dort angegriffen, sondern auch unsere Demokratie, die Demokratie überall in Europa und der Welt.

Die Ukraine ist spätestens seit 2014, seit dem Euromajdan, auf dem Weg nach Europa. Sie ist heute mehr denn je ein Teil des liberalen, des demokratischen Europas. Die russische Aggression, schon seit 2014 und erst recht seit letztem Jahr, hat das Bekenntnis der Ukraine zu Europa und ihren Willen zu Freiheit und Demokratie nicht gebrochen. Im Gegenteil: Sie hat dieses Bekenntnis und diesen Willen gestärkt. Und Europa, wir Europäer, wir haben gelernt, dass die Ukraine zu Europa gehören will und dass sie zu Europa gehört. So schafft der russische Angriffskrieg am Ende genau das, was Putin verhindern möchte: eine unabhängige und demokratische ukrainische Nation als Teil eines freien Europas.

Die Idee der europäischen Einigung ist nach 1945 entstanden als Antwort auf die Erfahrung von Krieg und Gewaltherrschaft, als eine Antwort aus dem Geist des Friedens, eine Antwort aus dem Geist der Freiheit, der Demokratie und des Rechts. Dieses Europa steht heute vor seiner vielleicht größten Bewährungsprobe. Denn in der Ukraine steht auf dem Spiel, was Europa ausmacht und was uns als Europäerinnen und Europäer verbindet. Deswegen muss nicht nur die Ukraine standhalten. Europa muss standhalten, wenn Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte mehr sein sollen als Lippenbekenntnisse.

Dies sind – gerade an einem 1. September und gerade für uns als Deutsche – die Lehren aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Wenn wir uns das bewusst machen, dann bleibt auch Hoffnung für das 21. Jahrhundert und für die Zeit nach dem Krieg. In den Versen des belarussischen Dichters Dmitri Strozew:

Die Zukunft steigt

Aus einem ukrainischen Keller

Und blinzelt gegen das Licht.